

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

in dieser Sitzungswoche stand einmal mehr die Energiewende auf der Tagesordnung. Es war eine gute Gelegenheit, der Bundesregierung ihre Fehler vorzuführen. Denn beim Thema Energiewende ist sie ein Totalausfall, wie Sigmar Gabriel das pointiert nannte. Steigende Strompreise und mangelnde Versorgungssicherheit gehen auf das Konto von Wirtschaftsminister Rösler, der sich nicht einmal mit seinem Kabinettskollegen, Umweltminister Altmaier, einig ist, wie man dieses Mammutprojekt richtig steuert. Der schleppende Bau nötiger Stromtrassen liegt an ihm. Dabei bietet die Energiewende echte Chancen für die Industrie. Wir wollen eine Deutsche Netz AG, in der die vier großen Netzbetreiber zusammengefasst und vom Bund unterstützt werden.

Große Sorgen macht uns die Entwicklung in Ungarn, wo die Demokratie schleichend ausgehöhlt wird. Kanzlerin Merkel muss dem entschieden entgegenreten und darf sich nicht wieder wegducken, wie es ihre Art ist. Doch sie veranstaltet lieber einen Gipfel nach dem anderen. Gerade fand ein (peinlicher) Energiegipfel statt, dann ein (sinnloser) Familiengipfel, nun soll bald wieder ein Demografiegipfel folgen. Wie wäre es damit, wenn sie endlich mal handeln würde statt zu lamentieren?

Wir haben in dieser Woche einen neuen Antrag aus unserem Programm Deutschland 2020 ins Parlament eingebracht. Darin geht es vor allem um eine Unterstützung der deutschen Wirtschaft, des Mittelstands. Zentraler Punkt ist dabei die Verbesserung der Infrastruktur; dazu gehört neben dem Ausbau von Straßen und Bahnnetzen auch die komplette Versorgung mit schnellem Internet.

Zum Schluss darf ich schon einmal ankündigen, dass wir so schnell wie möglich eine Initiative einbringen werden, deren Ziel es sein wird, Managergehälter wirksam zu begrenzen. Dazu reicht es nämlich nicht, dass nur die Hauptversammlung von AGs entscheidet. Die steuerliche Absetzbarkeit von Gehältern und Bonussen muss neu geregelt werden. Erst dann ist es im Interesse der Eigentümer, exorbitante Vergütungen zu limitieren.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

---

#### IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE TERESA BÜCKER, STEFAN HINTERMEIER, LUTZ HÖTTLER, ALEXANDER  
LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, THILO KÜHNE  
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 15.03.2013 13.00 UHR

## Inhaltsverzeichnis

- |    |  |    |   |
|----|--|----|---|
| 02 | Top-Thema: Bundesregierung ist Totalausfall bei der Energiewende | 08 | Lage der Verbraucher verbessern                       |
| 03 | Ehe für Homosexuelle öffnen                                      | 09 | Lehren aus der Katastrophe von Fukushima              |
| 04 | In Ungarn wird die Demokratie ausgehöhlt                         | 10 | Unterstützung für Halabja-Überlebende                 |
| 05 | Eine starke Wirtschaft: Deutschland 2020                         | 11 | Gerhard Schröder besucht Fraktionssitzung             |
| 06 | Contergan-Renten werden erhöht                                   | 11 | Steinmeier gratuliert Papst Franziskus                |
| 07 | Managergehälter limitieren                                       | 12 | Fachkonferenz zur europäischen Sicherheitsarchitektur |

## TOP-THEMA

# Bundesregierung ist Totalausfall bei der Energiewende

In seiner Regierungserklärung am 14. März lieferte Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) eine Analyse der Missstände bei der Energiewende, für die er und sein Vorgänger Rainer Brüderle (FDP) seit mehr als drei Jahren selbst verantwortlich sind. Egal, ob es um die Abstimmung mit den Bundesländern und Kommunen oder den Netzausbau geht: Schwarz-Gelb bringt die Energiewende zum Stocken. Sigmar Gabriel sprach von einer „Regierungserklärung zum Versagen der eigenen Regierungsarbeit“.

Den Schwarzen Peter versucht Rösler anderen in die Schuhe zu schieben. Die Bundesregierung leiste weder Management noch Koordination bei der Energiewende und treffe keine Entscheidungen. Und dafür brauche sie zwölf Energiegipfel. Doch Chefsache sei die Energiewende nicht, kritisierte Gabriel in der Debatte.

### Schwarz-Gelb hat nur 12 Prozent beim Netzausbau realisiert

Das Energieleitungsausbaugesetz, das noch während der Großen Koalition 2009 verabschiedet wurde, benennt den Bedarf für die wichtigsten Stromtrassen in Deutschland. Doch davon hat die schwarz-gelbe Bundesregierung bisher nur zwölf Prozent realisiert. Das entspricht 214 von 1834 km. Keines der damals definierten Pilotprojekte für die Erdverkabelung in der Gleichstromtechnik, mit dem der Strom vom Norden in den Süden transportiert werden soll, ist bislang realisiert worden. 16 von 24 Vorhaben im Bereich des Netzausbaus haben mittlerweile einen Zeitverzug zwischen ein und sieben Jahren.

Wenn die Regierung in diesem Tempo weitermache, werde die Energiewende tatsächlich zum Jahrhundertprojekt, sagte Gabriel. Er hielt Schwarz-Gelb vor, mit ihrem weiteren Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbaus einen Plan vorzulegen, von dem die Regierung wisse, dass „er nie und nimmer realisiert“ werde. Denn die darin vorgesehenen 2800 km an neuen

Leitungen würden im bisherigen Schneckentempo nicht bis 2022, sondern frühestens bis 2060 gebaut.

#### **Hin und Her beim Atomausstieg kostet Zeit und Geld der Steuerzahler**

Der SPD-Vorsitzende warf Rösler und seinen Kabinettskollegen vor, dass vieles von den Planungen aus dem Jahr 2009 hätte umgesetzt werden können, wenn Schwarz-Gelb beim rot grünen Atomausstieg geblieben wäre. Erst habe die Regierung die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die Union und FDP den Energiekonzernen versprochen hätten, beschlossen, um dann ein Jahr später wieder aus der Atomenergie auszusteigen. „Wo stehen eigentlich im Haushalt die 15 Milliarden für die Regressforderungen der vier großen Energiekonzerne?“, fragte Gabriel. Die Zeche für die damalige Kumpanei mit den Energiekonzernen koste jetzt das Geld der Steuerzahler.

#### **Verbrauchern aus Mehreinnahmen etwas zurückgeben**

Diese Bundesregierung sei der Totalausfall bei der Energiewende, wenn es um Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise gehe. So verhindere Schwarz-Gelb Maßnahmen der Energieeffizienz, die Stromkunden helfen würden zu sparen, und bremse auf EU-Ebene. Mit der so genannten Strompreisbremse kämen Wirtschafts- und Umweltminister kurz vor Torschluss. Die damit verbundenen Maßnahmen gefährdeten die Investitionssicherheit und die stromintensiven Unternehmen im internationalen Wettbewerb, weil sie jetzt höhere Strompreise zahlen sollten. Keine der Maßnahmen der Bundesregierung werde länger als bis zum Wahlabend halten. Gabriel warf der Regierung vor, über die steigenden Strompreise zu jammern, die dem Bund bis zu 1 Milliarde Euro zusätzliche Mehrwertsteuereinnahmen brächten, anstatt den Verbraucherinnen und Verbrauchern aus den Mehreinnahmen etwas zurückzugeben. Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt dazu für den Grundverbrauch eine Stromsteuerbefreiung für private Haushalte vor.

#### **Netzausbau bürgerfreundlich und zukunftssicher gestalten**

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag (Drs. 17/12681) auf, den Netzausbau bürgerfreundlicher und zukunftssicher zu gestalten. Um den bisher stockenden Netzausbau voranzubringen, sollen die vier großen Übertragungsnetzbetreiber in einer Deutschen Netz AG zusammengefasst werden. Der Bund soll diese mitfinanzieren und mitentscheiden, um für den Investitionsbedarf von 30 Milliarden Euro bis 2030 die Steuerung, die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine solidarische Finanzierung sicherzustellen. Nach dem Prinzip Netz-Optimierung vor Verstärkung vor Ausbau (NOVA-Prinzip) soll der Trassenbedarf zunächst auf eine alternative Verstärkung bzw. Umrüstung der bestehenden Leitungen geprüft werden. Beides soll Priorität vor dem Neubau haben. Die Option der Erdverkabelung sei bei allen HGÜ-Leitungen (elektrischen Energieübertragung mit hoher Gleichspannung) vorzusehen, so dass die Technik nicht nur bei den geplanten Pilotprojekten zum Einsatz kommt. Außerdem sollen Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen zu Energieleitungen beteiligt werden.

### **RECHTSPOLITIK**

## **Das Gesetz darf kein Ehehindernis für Homosexuelle sein**

An diesem Donnerstag haben die Fraktionen der Sozialdemokraten und Grünen einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts im Bundestag eingebracht.

Die Initiative sieht vor, dass durch eine Ergänzung im Bürgerlichen Gesetzbuch ( BGB) auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten dürfen. Damit unternimmt die SPD einen weiteren Versuch, die Gleichstellung aller Mitglieder der Gesellschaft im Grundgesetz zu verankern. Die Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften bleiben von dieser gesetzlichen Neuregelung unberührt.

Homosexuelle Partnerschaften werden trotz der Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft von 2001 noch immer stark benachteiligt – vor allem im Steuer- und Adoptivrecht. "Wie kann es sein, dass Lebenspartnerschaften vom Ehegatten-Splitting nicht profitieren, obwohl doch die gleichen Rechten und Pflichten zur Ehe bestehen?", fragte Sonja Steffen in der Debatte am Donnerstag. Diskriminierung bestehe noch immer auf allen Ebenen, sagte sie und stellte klar: "Viele Homosexuelle geben ihre Sexualität nicht am Arbeitsplatz zu."

Johannes Kahrs ergänzte: "Keiner möchte der Mehrheit der Menschen etwas wegnehmen, auch wenn wir Schwulen und Lesben die gleichen Rechte geben. Es muss in diesem Lande jeder leben können, wie er will. Und wenn er heiraten möchte, dann muss er das tun können."

Lesbischen oder schwulen Paaren werden noch immer Steine bei der gemeinsamen Adoption von Kindern in den Weg gelegt. Doch: Die Eingehung einer Ehe und die Begründung einer Lebenspartnerschaft werden von den Menschen unterschiedslos als „heiraten“ bezeichnet. Man macht auch keinen Unterschied mehr zwischen „verheiratet“ und „verpartnert“, sondern spricht unterschiedslos bei Ehegatten und bei Lebenspartnern davon, dass sie „verheiratet“ sind. Die Bevölkerung geht wie selbstverständlich davon aus, dass Ehegatten und Lebenspartner dieselben Pflichten und Rechte haben, obwohl das tatsächlich nur für die Pflichten zutrifft.

#### **Zuneigung und Respekt sind das Wichtigste für das Kind**

Regenbogenfamilien sind heute keine Ausnahmen mehr. Eine Hochzeit, die zuvorderst ein Symbol der Liebe ist, muss für alle Paare möglich sein – ob hetero- oder homosexuell, das spielt keine Rolle. Zumal für das heranwachsende Kind Liebe, Zuneigung und Zärtlichkeit der wichtigste Aspekt für das Gefühl von Geborgenheit in der Familie ist.

In einer demokratischen Gesellschaft, geprägt von Toleranz und Respekt wie der deutschen, müssen deshalb auch die rechtlichen Voraussetzungen für eine gesetzliche Gleichstellung von Homosexuellen geschaffen werden. Mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare entfällt der Bedarf, das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft weiter für Neueintragungen offen zu halten – auch angesichts dessen, dass es bislang zwar die gleichen Pflichten wie die Ehe beinhaltet, aber eben nicht die vollen Rechte. Deshalb wird die Neueintragung der Lebenspartnerschaft dem Gesetzentwurf (Drs. 17/12677) nach nicht mehr möglich sein. Die schon eingetragenen Lebenspartnerschaften werden natürlich weiter bestehen, es sei denn, die Lebenspartnerinnen bzw. -partner wollen sie in eine Ehe umwandeln.

#### **AKTUELLE STUNDE**

## **In Ungarn werden Rechtsstaat und Demokratie beschädigt**

Am 14. März fand auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion eine Aktuelle Stunde zum Standpunkt der Bundesregierung zu den Verfassungsänderungen in Ungarn im Hinblick auf die Einhaltung der europäischen Grundwerte statt.

Deutschland habe Ungarn im Zusammenhang mit der deutschen Einheit viel zu verdanken, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Aber Deutschland dürfe zu den politischen Fehlentwicklungen in Ungarn nicht schweigen: „Das verlangt Position! Da gilt kein Wegdrücken“, forderte er.

Einen Tag vor der Bundestagsdebatte hatte das ungarische Parlament die vierte Verfassungsreform innerhalb von zwei Jahren beschlossen. „Mit jeder Reform machen sich Ministerpräsident Victor Orban und die konservative Fidesz den ungarischen Staat mehr und mehr zur Beute“, sagte Steinmeier. Rechtsstaat und Demokratie würden immer weiter beschädigt, und jeder, der sich diesem Kurs entgegenstelle, werde abgestraft.

### **Europäische Grundwerte dürfen nicht mitten in der EU missachtet werden**

So sieht die Verfassungsnovelle unter anderem vor, dass künftig nur noch staatliche Medien über Wahlkämpfe berichten dürfen. Das Verfassungsgericht darf die von einer Zweidrittelmehrheit im Parlament beschlossenen Verfassungsänderungen nicht mehr prüfen. Es wurde damit seiner Kompetenzen beraubt und als Verfassungshüter entmachtet. Zudem wurden in der Vergangenheit Richter und Staatsanwälte entlassen und durch Fidesz-Gefolgsleute ersetzt. Die unabhängigen Medien werden durch ein undemokratisches Mediengesetz unter Druck gesetzt, mit Lizenzentzug bedroht und mit bürokratischen Schikanen belegt. Auch das Wahlrecht wurde zugunsten der Fidesz-Partei zurechtgebogen, und die Religionsfreiheit wird abhängig gemacht von der Regimetreue. „Das sind keine Anpassungen, das ist Raubbau an Demokratie und Rechtsstaat!“, stellte Steinmeier fest.

All das werde von einem „dumpfen, völkischen Nationalismus“ begleitet, der nicht nur am äußersten rechten Rand gepflegt werde, sondern immer offener auch in der Partei des ungarischen Ministerpräsidenten. Die europäischen Grundwerte dürften nicht mitten in der EU missachtet und verletzt werden, sagte Steinmeier. Er forderte Bundeskanzlerin Merkel (CDU) auf, beim EU-Gipfel in Brüssel auf eine Verurteilung der jüngsten Beschlüsse des ungarischen Parlaments hinzuwirken.

Der europapolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Roth, fragte, wie in der EU mit der Infragestellung von Demokratie und den Grundwerten umgegangen werden sollte. Dazu stellte er klar: „Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Nationalstaaten – ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert – besteht nicht mehr in der Europäischen Union.“ Es gebe vielmehr die Pflicht der Einmischung. Der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Strässer, forderte, dass deutsche Parlamentarier die Opposition in Ungarn unterstützen müssten. Die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD-Fraktion, Kerstin Griese, wies auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch die ungarische Regierung hin, die zum Teil vom europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt wurden. So habe Ungarn Obdachlosigkeit verboten, diskriminiere Roma und auch Religionsgemeinschaften.

## **WIRTSCHAFT**

### **Eine starke Wirtschaft: Deutschland 2020**

Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet daran, dass Deutschland erfolgreich bleibt – auch mit Blick auf die Agenda 2010. Die derzeitige Kraft der deutschen Wirtschaft kam nicht über Nacht. Die große Reform vom letzten sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder habe dazu beigetragen, dass Deutschland vor der Krise 2008 besser aufgestellt war als andere Volkswirtschaften in Europa, sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil am Donnerstag im Deutschen Bundestag. „Ein wesentlicher Grund, dass Deutschland besser durch die Krise gekommen ist, ist die Tatsache, dass wir nach wie vor eine Industrienation sind“, so Heil.

Der deutsche Erfolg gründet auf der industriellen Basis, dem Mittelstand, hervorragenden Fachkräften oder dem proudzierenden Gewerbe und produktinsnahen Dienstleistungen. Er könne sich noch an einen FDP-Vorschlag vor zehn Jahren erinnern, dass die Zukunft in Finanzdienstleistungen liege. „Wir sind Gott sei Dank diesen Weg nicht gegangen, sondern wir haben unsere industrielle Basis erhalten und erneuert“, sagte Heil vor den Abgeordneten.

„Wir müssen etwas tun, damit wir ein erfolgreiches Wirtschaftsland bleiben“, forderte er und warf der schwarz-gelben Regierung vor, dass sie sich auf guter Konjunktur, mutigen Entscheidungen von Vorgängerregierungen und auf den industriellen Fortschritt von Unternehmen ausgeruht hat. Heil weiter: „Wir sind in Gefahr, den Vorsprung, den wir uns erarbeitet haben, wieder zu verlieren.“

Um Wachstum und die starken Exportzahlen nachhaltig für die deutsche Industrie zu gewährleisten, müsse vermehrt in die Infrastruktur der Bundesrepublik investiert werden. Nur mit einer ausgebauten Kommunikationsinfrastruktur, intelligenten Energienetzen und modernen Verkehrswegen könne der Wohlstand beibehalten und soziale Gerechtigkeit garantiert werden, wie es in dem Antrag der SPD-Fraktion an die Bundesregierung steht. Hubertus Heil dazu: „Wirtschaftserfolg und soziale Gerechtigkeit sind für uns Sozialdemokraten keine Gegensätze, die sich ausschließen.“

#### **Wie gehen wir mit Ressourcenknappheit um?**

Die Bundesregierung ducke sich laut Heil vor vier großen Herausforderungen der Gegenwart weg: die veränderte Alterstruktur und die Folgen für den Arbeitsmarkt, die Internationalisierung und die Regeln auf den internationalen Finanzmärkten, der technische und wissenschaftliche Fortschritt. „Die wichtigste Frage neben dem demographischen Wandel ist, wie wir mit Ressourcenknappheit und erneuerbaren Energien umgehen“, zählte der Fraktionsvize auf.

Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag, dass die gute wirtschaftliche und lebenswirkliche Situation mit Investitionen in die Infrastruktur erhalten und verbessert werden muss. Dazu gehören unter anderem die Gewährleistung eines schnellen Internetzugangs, die Sanierung von Straßen, Fortschritt in der Energiewende. Der Umbau der Energieversorgung ist eines der größten Infrastrukturprojekte Deutschlands.

Die Regierung vergurcke die Energiewende. Es müsse gehandelt werden, bevor die Strompreise explodieren, so Hubertus Heil.

Vor der Umsetzung der Pläne zum Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur Deutschlands sollen alle Bürger beteiligt werden. Das hatte die SPD-Fraktion bereits in einem früheren Antrag („Für einen neuen Infrastrukturkonsens: Gemeinsam Zukunft planen – Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen“) von der Bundesregierung gefordert.

## **GESUNDHEIT**

### **Contergan-Renten werden deutlich erhöht**

Die Lebenssituation der contergangeschädigten Menschen ist heute durch die sehr schmerzhaften Auswirkungen ihrer Behinderung mit Folge- und Spätschäden geprägt. Die Verluste von Fähigkeiten und Fertigkeiten haben sich in den letzten Jahren stark beschleunigt. Die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das das Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg im Auftrag des Deutschen Bundestages durchführte, zeigten, dass eine angemessene und zukunftsorientierte Unterstützung für älter werdende Betroffene sicherzustellen ist.

Der gemeinsame Entwurf zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. 17/12678) setzt die Handlungsempfehlungen aus dem Forschungsprojekt um. Dazu wird der Höchstsatz der monatlichen Renten für contergangeschädigte Menschen rückwirkend ab 1. Januar 2013 von derzeit 1152 Euro auf 6912 Euro erhöht. Dafür stellt der Bund 120 Millionen Euro bereit. Dazu kommen weitere Bundesmittel in Höhe von 30 Millionen Euro jährlich zur Deckung spezifischer Bedarfe der Betroffenen. Darüber hinaus regelt der Gesetzentwurf, dass auch alle Leistungen ausländischer Staaten an contergangeschädigte Menschen künftig auf Leistungen der Conterganstiftung – mit Ausnahme der jährlichen Sonderzahlungen – angerechnet werden. Rund zehn Prozent der 2700 Leistungsberechtigten leben derzeit im Ausland. Zudem sollen Unterhaltsansprüche contergangeschädigter Menschen gegen nahe Angehörige im Bedarfsfall nicht auf den Träger der Sozialhilfe übergehen.

„Auch wenn wir den Gesetzentwurf in seiner Zielrichtung einer deutlichen Erhöhung der monatlichen Conterganrenten entsprechend einvernehmlich mittragen, gibt es noch Klärungsbedarf zur Ausgestaltung einzelner Regelungen im Gesetz“, erklärten die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion, Marlene Rupprecht, und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellung Christel Humme. Daher wird es im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens auch noch ein Fachgespräch im Ausschuss geben. Ziel muss eine dauerhafte und verlässliche Lösung für die Betroffenen in allen durch das Gesetz zu regelnden Bereichen sein.

## FINANZEN

### Managergehälter limitieren

Die Schweiz hat per Volksabstimmung rigide Regeln zur Bezahlung von Managern beschlossen. Die Initiative zielt darauf ab, Exzesse bei Boni, Abfindungen und Gehältern zu unterbinden und die Rechte von Kleinaktionären zu stärken. Über die Höhe von Managervergütungen sollen die Aktionäre künftig jährlich entscheiden. Sondervergütungen wie Abgangsabfindungen oder Begrüßungsgelder für Spitzenmanager in Millionenhöhe sollen gänzlich verboten werden. Die SPD-Fraktion fordert ähnliche Regelungen auch für andere EU-Länder.

Es ist unübersehbar, dass in diesem Land, ja weltweit etwas aus dem Lot geraten ist, soziale Ungerechtigkeit frisst sich ungehindert Bahn. Während die Ärmeren im Land immer ärmer werden, ist inzwischen auch die Mittelschicht bedroht und muss allenthalben herhalten für Bankenrettungen und Inkompetenz von Spitzenmanagern.

„Auch wir haben Exzesse“, sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil dem Fernsehsender Phoenix. „Deshalb müssen wir eine Debatte über die Angemessenheit von Managergehältern führen.“ Dabei müsse die Frage beantwortet werden, ob es „richtig sein kann, dass der eine mehr als 100 mal so viel verdient wie der andere“, fügte Heil hinzu.

SPD-Fraktionsvizechef Joachim Poß stellt fest: „Der Volksentscheid ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um der Abzockerei im Management auch andernorts zu begegnen“. Poß empfindet das Schweizer Resultat als „Ermutigung für die Einführung der europäischen Richtlinie“.

Bonuszahlungen sollten Poß zufolge zum Beispiel nicht höher sein als das Grundgehalt. Eien ähnliche Regelung hatte auch die EU-Kommission unlängst vorgeschlagen. Zwar lasse sich das Schweizer Modell nicht eins zu eins auf Deutschland übertragen, glaubt Poß, die Menschen

aber akzeptierten das „perverse Boni-System“ bei den Banken nicht mehr, und auch nicht mehr in der Realwirtschaft.

### **Angelockte Manager oft das Gehalt nicht wert**

Die SPD verlangt seit Langem, die Vergütung von Vorständen und die steuerliche Absetzbarkeit von deren Gehältern gesetzlich zu limitieren.

Dass sie damit im Gefühl der Menschen richtig liegt, untermauern schon aktuelle Umfragen, die zeigen, dass das Volk sich auch in Deutschland ähnliche Regeln wie in der Schweiz wünscht.

Joachim Poß: „Es ist lächerlich, übersteigerte Managergehälter mit dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit zu verteidigen. Viel zu oft haben die mit hohen Gehältern angelockten Manager gezeigt, dass sie ihr Geld bei Weitem nicht wert sind.“

2009 hatte die SPD Vorschläge zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Höchstvergütungen gemacht, die an der CDU/CSU scheiterten; sie stehen noch immer auf der Tagesordnung. So will die SPD-Fraktion nach gewonnener Bundestagswahl die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern, Boni und Abfindungen als Betriebsausgaben begrenzen. Außerdem will sie Unternehmensleitungen explizit und stärker als bisher auf die Interessen der Anteilseigner, Mitarbeiter und das Wohl der Allgemeinheit verpflichten.

Es gilt jetzt für die Bundesregierung, die auf EU-Ebene erzielte Einigung über Bankerboni noch vor der Bundestagswahl umzusetzen. Allerdings: Umfassende spezifische und verbindliche gesetzliche Obergrenzen für Gehälter werden sich in Deutschland wegen des hohen Rangs der Vertragsfreiheit nicht realisieren lassen.

## **VERBRAUCHERSCHUTZ**

### **Lage der Verbraucher verbessern**

Anlässlich des Weltverbrauchertages am 15. März hat der Bundestag über die Verbraucherschutzpolitik diskutiert. Die Opposition warf der Bundesverbraucherministerin Aigner (CSU) Tatenlosigkeit und Augenwischerei vor. Denn nach den aktuellen Skandalen um Pferdefleisch, falsch deklarierte Hühnereier und Schimmel im Futtermais folgen mal wieder nur Aktionspläne mit Prüfaufträgen und Maßnahmen, die Aigner zuvor abgelehnt oder sogar auf EU-Ebene bekämpft hatte. Die SPD-Fraktion legt zum Weltverbrauchertag einen Antrag vor, in dem sie ihre Forderungen aus dieser Legislaturperiode in einem Maßnahmenkatalog gebündelt hat.

#### **Aigner pfeift auf wissenschaftliche Erkenntnisse**

Wissenschaftlicherinnen und Wissenschaftler werfen Aigner vor, von einem völlig falschen Verbraucherleitbild auszugehen. So spricht Professor Strünck aus Siegen vom „Wunschbild und Mythos“ des mündigen Verbrauchers. Vor allem Lobbyverbände halten dieses überkommene Leitbild gern aufrecht. Doch die meisten Kaufentscheidungen werden aus Gewohnheit getroffen und nicht sorgfältig abgewogen. Auch das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Prognos-Gutachten kommt zu dem Schluss, dass ein mündiger und selbstbestimmter Konsum nur mit hohem Aufwand möglich sei und bestimmte Verbrauchergruppen wie Kinder, ältere Menschen oder Allergiker besonders benachteiligt würden. Sie benötigten einen stärkeren Schutz, was Aufgabe des Staates sei. In Teilmärkten habe sich die Marktmacht stark zu Ungunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher verschoben. Deshalb fordert das Gutachten, Verbraucherschutzorganisationen zu stärken und Schlichtungsstellen einzurichten. Doch Aigner und ihr Ministerium haben keine Maßnahmen aus dem Gutachten abgeleitet.

### **Verbraucherpolitik für den Alltag**

Die SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt sich seit langem mit der Weiterentwicklung des Verbraucherleitbildes, um politische Maßnahmen auf den realen Verbraucher auszurichten. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben darauf aufbauend eine verbraucherpolitische Strategie vorgelegt. Darin ist u. a. auch vorgesehen, Gesetzesvorhaben durch einen „Verbraucher-Check“ auf ihre Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher zu überprüfen. Zur Beobachtung des Finanz-, Energie- und Gesundheitsmarktes sowie der digitalen Welt sollen „Marktwächter“ bei den Verbraucherzentralen und deren Bundesverband eingerichtet werden. Sie sollen Missstände und Fehlentwicklungen an die Aufsichtsbehörden melden. Außerdem sollen sie Fehlverhalten durch Abmahnungen und Unterlassungsklagen sanktionieren.

### **Lebensmittelskandale vorbeugen**

Außerdem schlägt die SPD-Bundestagsfraktion seit geraumer Zeit eine bessere Rückverfolgbarkeit vor: Vor dem Hintergrund diverser Lebens- und Futtermittelskandale muss durch Herkunftskennzeichnung und Rückverfolgbarkeitssysteme über die gesamten Handels- und Verarbeitungsstufen Markttransparenz hergestellt werden. Außerdem fordert sie endlich alle Untersuchungserkenntnisse der Behörden bekannt zu machen, damit Lebensmitteltäuscher und -panscher öffentlich werden. Des Weiteren soll sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Fertiggerichte mit einer Nährwert-Kennzeichnung in Ampelfarben versehen werden. Mit einem Restaurantbarometer sollen die Hygienezustände in den Betrieben gekennzeichnet werden. Und es sollen endlich Vorschläge für bezahlbare Mieten und Energiepreise vorgelegt werden. Der komplette Forderungskatalog kann im Internet auf [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) nachgelesen werden.

## **UMWELT**

### **Lehren aus der Katastrophe von Fukushima ziehen**

Am 11. März 2011 ereignete sich vor der Küste Japans ein Erdbeben der Stärke neun, dem ein Tsunami an der japanischen Ostküste folgte. Fukushima wurde von einer 21 Meter hohen Welle getroffen. Die Naturkatastrophe führte zur schweren Reaktorkatastrophe im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi. Es kam zur Kernschmelze in drei Reaktorblöcken. Die Folgen sind bis heute nicht beseitigt. Es entstand ein Schaden in Höhe von 45 Milliarden Euro. Zwei Jahre nach der Reaktorkatastrophe diskutierte der Bundestag am 15. März über notwendige Konsequenzen.

Auch heute ist die Situation in und um Fukushima besorgniserregend: Niemand weiß, wie es im Inneren der Reaktoren aussieht. Es gibt immer noch Lecks und radioaktives Wasser fließt ins Meer. Das Abklingbecken von Reaktor vier wird nur notdürftig abgestützt und würde einem weiteren Beben nicht standhalten. 160.000 Menschen können nach wie vor nicht in ihre Heimat zurückkehren. Tausende leben noch in Behelfsunterkünften. Viele haben ihre Erwerbsgrundlage verloren. Die Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges geht von 22.000 Krebserkrankungen in Folge der Reaktorkatastrophe aus. 55.000 Kinder haben bereits eine Veränderung an der Schilddrüse.

### **Neubau von Atomkraftwerken verhindern**

Die SPD-Bundestagsfraktion wirft der Bundesregierung vor, nach der Zurücknahme der schwarz-gelben Laufzeitverlängerung und den Wiedereinstieg in den Atomausstieg widersprüchlich in der internationalen Energiepolitik zu handeln. Anstatt sich für einen weltweiten Atomausstieg einzusetzen, fördert Schwarz-Gelb Exporte zum Bau von

Atomkraftwerken im Ausland und sichert diese Neubauten durch Hermes-Bürgschaften – also mit Steuergeldern – ab. Bereits kurz nach der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb hat die Koalition die seit 2001 geltenden Hermes-Umweltleitlinien außer Kraft gesetzt. Vielfach ist im Ausland auch eine ausreichende Atomaufsicht nicht gewährleistet, oder aber Neubauten werden in Gebieten errichtet oder geplant, in denen die Gefahr von Erdbeben oder Flutwellen besteht. Zudem ist weltweit die Entsorgung von Atommüll weiterhin ein ungelöstes Problem. Auch wenn in Deutschland die Risiken für Naturkatastrophen gering sind, laufen Deutschlands Atomkraftwerke nicht störungsfrei. Weltweit und auch an Deutschlands Grenzen sind eine Reihe von Anlagen in Betrieb, die nicht dem Stand der Technik entsprechen. Die Auswirkungen von Unfällen in diesen Meilern machen nicht an Landesgrenzen halt. Des Weiteren hat das Bundesamt für Strahlenschutz festgestellt, dass der vorgesehene Katastrophenschutz im Falle eines schweren Atomunfalls nicht ausreichend ist. Zudem sollen die AKW-Betreiber in der EU Haftpflichtversicherungen abschließen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag „Lehren aus der Atomkatastrophe von Fukushima ziehen“ (Drs. 17/12688) auf, sich international für die Abschaltung von Atomkraftwerken einzusetzen, vor allem in Bezug auf die grenznahen gefährlichen Meiler in Frankreich, Belgien und Tschechien. Der Euratom-Vertrag muss überarbeitet werden, um die Sonderstellung der Atomenergie abzuschaffen. Ziel ist ein europaweiter Atomausstieg. Zudem soll Deutschland keine Hermes-Bürgschaften für AKW-Neubauten im Ausland mehr abgeben. vielmehr soll die Bundesregierung in bilateralen Gesprächen den Bau von Atomanlagen verhindern. Schließlich gilt es, den Katastrophenschutz in Deutschland im Falle eines schweren Atomunfalls zu verbessern.

## MENSCHENRECHTE

### **SPD und Grüne fordern Unterstützung für Halabja-Überlebende**

Kurz vor der dem 25. Jahrestag der Anschläge mit Giftgas der irakischen Armee auf die Stadt Halabja müssen weitere Hilfsmaßnahmen beschlossen werden. Das wünschen sich die Fraktionen der SPD und Grünen in einem gemeinsamen Antrag an die Bundesregierung, der Donnerstag im Plenum zur Rede kam (Drs. 17/12685).

Bei den Luftangriffen auf die kurdische Metropole im März 1988 starben 5000 Menschen. Saddam Hussein schickte mehrere Geschwader der Luftwaffe zu der der iranisch-besetzten Stadt und tünchte die damals 800.000 Einwohner in eine Giftwolke aus Senfgas, Sarin und wohl auch Cyanid.

Der Angriff erfolgte in der sogenannten „Anfal“-Kampagne im Iran-Irak-Krieg, der laut Schätzungen von Human Rights Watch bis zu 100 000 Menschen zum Opfer fielen. Das C-Waffenarsenal konnte der irakische Diktator nur mit Hilfe von internationalen Lieferungen aufbauen. Auch deutsche Firmen haben damals an den Irak geliefert und gegen Rüstungsexportabkommen verstoßen. Einige Verantwortliche für die illegalen Lieferungen aus Deutschland wurden Anfang der 1990er-Jahre verurteilt, andere kamen ungeschoren davon.

Die Opfer und deren Angehörige sind noch heute traumatisiert: Familien wurden getrennt, Überlebende leiden unter Langzeitschäden. Missbildungen, Haut- und Atemwegserkrankungen kommen vor allem in den ländlichen Gebieten des Nordirak vor, wo die medizinische Versorgung oft nicht ausreichend ist und die hygienischen Verhältnisse weitere schwere Krankheiten verursachen. Die schlechte wirtschaftliche Lage der Region lässt nicht hoffen, dass sich die Situation der Menschen bald verbessern wird.

Frank-Walter Steinmeier hat 2009 als damaliger Außenminister mit der Zustimmung der nordirakischen Regionalregierung ein Generalkonsulat eröffnet. Darüber hinaus wurden von der Bundesregierung zivilgesellschaftliche Projekte unterstützt, darunter das Halabja Rehabilitation Center for Victims of Chemical Attacks, das Kirkuk Rehabilitation-Center for Torture Victims, das Haukari Anfal-Erinnerungsforum und das Frauenzentrum Khanzad.

## FRAKTION

### Gerhard Schröder besucht Fraktionssitzung

Im November 2005 war Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder zuletzt in der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag. Zum zehnten Jahrestag seines Nein zum Irak-Krieg kam der Altkanzler nun wieder ins Reichstagsgebäude und wurde von den Abgeordneten herzlich empfangen.

Schröder nahm sich mehr als eine Stunde Zeit, um über seine damalige Haltung gegenüber US-Präsident Bush zu sprechen, vor allem aber auch darüber, welche Folgen das deutsche Nein zum Irak-Krieg hatte. Denn ganz so einfach, wie sich das anhört, sei es nicht gewesen, erklärte Schröder. Er verwies auf die damalige Oppositionsführerin Angela Merkel, die bereit gewesen sei, deutsche Soldaten in einen Krieg zu schicken, dessen Legitimation mehr als fraglich gewesen sei.

Er betonte die Dringlichkeit, Europa weiterzuentwickeln: „Es geht hier um die gesamte europäische Stabilität“. Die EU brauche einen politischen Rahmen, sie müsse zur politischen Union werden.

Zur Agenda 2010 bemerkte Schröder, dass es Deutschland ohne die damalige Arbeitsmarktreformen heute längst nicht so gut gehen würde, das Land eher an der Seite von Italien oder Spanien stünde. Und dass es FDP und Union waren, denen die Reformen seinerzeit nicht weit genug gingen. Es sei viel Heuchelei im Spiel, wenn sich die heutige Bundesregierung über die Agenda 2010 äußere.

Nach dem Fraktionsbesuch stellten sich SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Gerhard Schröder der Hauptstadt- und Bundespresse.

Fotos vom Schröder-Besuch sind auf <http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion> zu finden.

## RELIGION

### Steinmeier: „Auf Franziskus ruhen viele Hoffnungen“

Zur Wahl des neuen Pontifex sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende:

„Ich gratuliere den Katholiken in aller Welt und insbesondere in Südamerika zur Wahl von Franziskus.“

Es ist ein gutes Signal, dass erstmals ein Papst aus Lateinamerika kommt. Dies ist auch Ausdruck einer sich verändernden Welt, die sich nicht nur wirtschaftlich und politisch neu ordnet, sondern in der sich auch die Gewichte in der katholischen Kirche verschoben haben. Immerhin leben in Mittel- und Südamerika gut die Hälfte aller Katholiken weltweit. Es ist eine

weise Entscheidung, dass sich die katholische Kirche mit der Wahl dieses Papstes diesem Wandel nicht verschließt.

Auf Franziskus ruhen nun viele Hoffnungen. Nicht nur die Menschen katholischen Glaubens erhoffen sich von ihm Orientierung in einer Zeit, in der vieles aus den Fugen geraten ist. Und wenn seine Namenswahl an Franz von Assisi erinnert, dann hat dieser Papst damit bereits ein wichtiges Zeichen gesetzt. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Denn schon als Erzbischof von Buenos Aires war mehr soziale Gerechtigkeit ihm ein zentrales Anliegen, war er insbesondere den Armen und Kranken zugewandt und hat er persönlich in Bescheidenheit gelebt.

Ich persönlich hoffe als Protestant, dass Franziskus der Ökumene mit Offenheit begegnet und Fortschritt möglich ist. Ich wünsche ihm Gesundheit, Hartnäckigkeit und die notwendige Kraft für seine große Aufgabe.“

## VERANSTALTUNG

# Fachkonferenz zur gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur

Europa steht vor immer neuen Herausforderungen. Eine Veranstaltung der SPD-Fraktion stellt die Frage, wie eine gemeinsame Verteidigungspolitik der europäischen Partner aussehen könnte.

Peer Steinbrück forderte am vergangenen Dienstag auf einer Fachtagung der SPD-Fraktion zu den Herausforderungen einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur eine europäische Armee. Die EU-Länder sollten ihren Fähigkeiten entsprechend wichtige Aufgaben in einer Europaarmee übernehmen. Mit dem Prinzip des „Pooling and Sharing“ („Zusammenlagen und Teilen“) soll der drohenden militärischen Handlungsunfähigkeit zuvor gekommen werden. Der deutschen Marine fehlen laut Steinbrück beispielweise ein Viertel einsatzfähige Soldaten, an Spezialisten und Führungskräften mangelt es sogar an vierzig Prozent Personal. Dabei könne es nur logisch sein, dass man über eine gemeinsame Armee der EU nachdenkt.

„Frieden ist nicht selbstverständlich für Europa“, sagte Steinbrück, dem aufgefallen sei, dass viele Bürger ein sicheres Europa für selbstverständlich hielten.

Die beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts schienen schon wieder in Vergessenheit geraten sein. Dafür, dass der europäische Kontinent momentan nicht von Kriegen bedroht sei, dass sei einem Europa als Sicherheitsinstitution, als Zivilisationsprojekt zu verdanken. Wäre die Europäische Integration damals so weit vorangeschritten wie heute, dann hätte womöglich der Balkan-Krieg nie stattgefunden, konstatierte Steinbrück. Er bewies den Gästen im Otto-Wels-Saal, dass er von einer Zukunft Europas überzeugt ist und ertete viel Applaus. Auch Deutschland brauche Europa. Die Bundesrepublik könne sich nicht leisten, alles leisten zu wollen. Dieses Prinzip verfolge die Bundesregierung, was es aber unter einer SPD-Regierung nicht geben werde. Europa, das wurde klar, ist ein Kooperationsprojekt, in allen Fragen.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier wies auf die gegenwärtigen Probleme der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik hin. Die Verteidigungspolitik sei nicht mehr vorrangig eine nationale Aufgabe, führte der Fraktionsvorsitzende ein. Die europäischen Länder müssten Lösungen für die Spannungen auf dem Feld der Sicherheit finden. Einerseits schrumpfen die Militäretats, auf der anderen Seite wächst die Verantwortung, wie man jüngst an Mali sieht, erklärte Steinmeier. Zusätzlich fordern die USA mehr Engagement von der EU für die Friedenspolitik in der Welt. Das bedeute auch höhere militärische Präsenz in Krisengebieten.

### **Europa sollte Global Player bleiben**

Alle Redner bestätigten ihre Überzeugung, dass Europa noch immer ein gefragter Partner in der Welt ist. Aleksander Kwaśniewski, ehemaliger Staatspräsident von Polen, machte auf die wichtige Partnerschaft zwischen Polen und der Bundesrepublik aufmerksam. „Wenn Europa ein Global Player sein und bleiben möchte, dann muss die europäische Integration stetig fortgeführt werden“, sagte Kwaśniewski. Dabei spielten auch die postkommunistischen Länder eine wichtige Rolle. Die europäischen Kräfte müssten gebündelt werden, um aufsteigenden Staaten wie China Paroli bieten zu können.

Trotz der breiten Zustimmung zu Steinbrücks und Kwaśniewskis Vorträgen widersprach Helga Schmid (Stellverteterin der Hohen Verteterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Kommission) dem Beitrag Steinbrücks in einem Punkt: „Europas Sicherheitspolitik ist nicht amorph“, sagte sie. Die Anstrengungen der EU in Friedenseinsätzen trügen vor allem auf dem afrikanischen Kontinent etwa zur Stärkung der Truppen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) bei. Sie stellte die europäischen Projekte seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon vor und lobte die Zusammenarbeit mit einem starken Partner Russland.

Aber auch die Stellverteterin von Lady Ashton verwies auf die veränderte Lage in der Welt, wobei der Bereich Sichehrheitspolitik der Europäischen Union wesentlich struktureller sei.

### **Heer der Bundeswehr verkleinern?**

In der anschließenden Podiumsdiskussion sprachen die Teilnehmer über die künftigen Aufgaben der Bundeswehr. Unter der Moderation der SPD-Abgeordneten Karin Evers-Meyer diskutierten General Volker Wieker (Generalinspekteur der Bundeswehr), Major Andre Wüstner (Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes), Dr. Christian Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik und Rainer Arnold als SPD-Verteidigungsexperte. Der Tenor in der Runde bestand aus der Frage: Wofür brauchen wir wieviele Soldaten? Mölling machte die Vorschläge, dass die Bundeswehr ihr Heer von 185.000 Soldaten auf 100.000 begrenzt und der Bund gleichzeitig 10 Milliarden Euro spart. Alternative: Die Bundesrepublik wird sich nie mehr an militärischen Einsätzen beteiligen und investiert Expertise und Geld in den Wiederaufbau von Kriegsregionen.

Alle waren sich einig, dass Reformen unumgänglich sind und Deutschland die Kooperationen mit anderen europäischen Staaten intensivieren muss, um den Frieden auf unserem Kontinent zu garantieren. Peer Steinbrück: „Europa ist es wert, nach innen und nach außen verteidigt zu werden“.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>